

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	3
Artikel:	Anmerkungen zu 100 Jahren Parteigeschichte : Wissen, wozu die Macht dient
Autor:	Huber, Paul
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340593

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SP Schweiz hat am rechten Rand wegen der Ausländerpolitik Bestandesprobleme, wird am linken Rand von Öko-Fundamentalisten bedrängt und

muss im traditionellen Bereich gewerkschaftliche Schwächen anzeichen überwinden helfen. Unter diesen Gegebenheiten ist die sozial-grüne Linie konse-

quent und effizient, aber klug und dosiert zu vertreten. Erfolg ist machbar. Verlorenes kann zurückgeholt werden.

Anmerkungen zu 100 Jahren Parteigeschichte

Wissen, wozu die Macht dient

Von Paul Huber, Regierungsrat, Luzern

Wenn unser Parteipräsident Helmut Hubacher festhält, die politischen Rahmenbedingungen für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz seien objektiv ungünstig, so ist dies nicht gerade eine Aussage, die geeignet ist, uns von den Sitzen zu reissen. Man könnte sich denn auch durchaus vorstellen, dass wir unseren Geburtstag in einem etwas fitteren Zustand begehen könnten, in einer Phase grösseren Optimismus! Als Referent zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte einer 100 Jahre alt werdenden Partei kommt man leicht in den Verdacht, zu jenen zu gehören, welche die Erfolge vergangener Jahrzehnte feiern möchten, um ja nicht an die weniger erfreuliche Gegenwart erinnert zu werden. Das ist nicht meine Absicht.

Als Historiker bin ich der Überzeugung, dass es immer ein lohnendes Unterfangen ist, gerade in kritischen Zeiten die eigene Geschichte zu studieren, zurückliegende Erfolge und Misserfolge in einem grösseren Zusammenhang zu sehen, Parallelen zu ziehen und individuell und kollektiv daraus zu lernen und Hoffnung zu schöpfen. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass unsere Vorfahren im Jahre 1938 auch nicht gerade in jener Stimmung waren, mit der man gerne einen Geburtstag feiern möchte. Ein Jahr nach der 50-Jahr-Feier un-

serer Partei beispielsweise erlitt die Sozialdemokratische Partei ebenfalls eine ihrer empfindlichsten Niederlagen. Hatte die Zahl der Nationalräte im Jahre 1935 noch 50 betragen, verringerte sich die Vertretung der SP-Delegation im Parlament bei den eidgenössischen Wahlen von 1939 auf 45 Sitze, um im Kriegsjahr 1943 auf die Rekordzahl von 56 anzusteigen. Ähnlich markante Verluste waren in den 60er Jahren zu verzeichnen. In jenen Jahren sank die Vertretung der SP im Nationalrat von 53 im Jahre 1963 auf 50, vier Jahre später und gar auf 46 im Jahre 1971, um wieder Jahre später, im Jahre 1975, auf 55 emporzuschwimmen. Solche Zahlenspielereien sind gewiss ein billiger Trost, aber auch ein Hinweis, dass ein Rückblick in die Geschichte uns vor allzu grossem Katzenjammer bewahren könnte. Wer nichts mehr zu verlieren hat, feiert meist die unbeschwersten, schönsten und solidarischsten Feste. Ich möchte Euch schon zu Beginn meiner Ausführungen sagen: Lassen wir uns an unserem hundertsten Geburtstag nicht davon abhalten, auch zu feiern.

Gefeiert wurde auch, als im Jahre 1888 die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gegründet wurde. Nicht aus Anlass der Gründung zwar; von feiernden Arbeitern sprach man nämlich zu der Zeit, wenn

einer der zahlreichen Streiks stattfand, von Feiern sprach man auch, wenn die organisierten Arbeiter trotz Verbots der Arbeitgeber am 1. Mai nicht zu Hause blieben und an dem von den Gewerkschaften ausgerufenen Arbeiterfeiertag teilnahmen.

Kein revolutionäres Programm

Im Jahre 1888, im Gründungsjahr der SPS also, vereinigte der Schweizerische Gewerkschaftsbund 3350 organisierte Arbeiter. Dieser Dachverband von meist sehr kleinen und nur lokal organisierten Gewerkschaften hatte in seinem Organ, der «Arbeiterstimme», im Jahre 1881 die folgenden Forderungen aufgelistet: Verminderung der Arbeitsstunden, höhere Löhne, Durchführung von Fabrik- und Werkstätteninspektionen, Verbot der Kinderarbeit, Errichtung von statistischen Arbeiterbüros, Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen, gleiche Bezahlung eines Quotums Arbeit, ob von Männern oder Frauen geliefert, die endliche Abschaffung des Lohnsystems. Parallel zu den nationalen Zusammenschlüssen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung war auch die Gründung einer politischen Arbeiterpartei immer aktueller geworden. Bis her waren die Arbeitnehmer politisch in erster Linie der de-

mokratischen Bewegung nahegestanden, die die Interessen der starken kleinbürgerlichen und bäuerlichen Mittelschichten der Schweiz verfocht. Erfolgreich war jedoch erst der dritte Anlauf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei. Der Grund zu diesem Beschluss lag – und ich zitiere da aus einem Aufruf, welcher vom Parteikomitee der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz an alle sozialistisch gesinnten Schweizer gerichtet wurde – «hauptsächlich in der Überzeugung, dass es an der Zeit sei, die sozialdemokratische Bewegung in unserem Vaterlande aus den Kreisen der Arbeitervereine hinaus auf den Boden des allgemeinen politischen Volkslebens zu führen und ihr da eine feste greifbare Organisation zu geben». Den Interessenten wurde in diesem Aufruf deutlich gemacht, dass es der SP um mehr gehe, als nur um eine Besserstellung der Lohnarbeiter. Man habe nicht nur das Wohl eines Volksteils im Auge. «Nein, unsere Partei hat ein weit höheres Ziel; sie will ein politisch und ökonomisch in allen Gliedern freies und glückliches Volk, ja, eine freie und glückliche Menschheit schaffen.» Die Sozialdemokratie müsse auf die Beteiligung weitester Volkskreise in ihrem Kampfe gegen das engherzige und bornierte Kapitalistentum rechnen. Es gelte, auch die Gedrückten und die Einsichtigen und Wohlmeinenden des Beamten-, des Handels-, des Gewerbe-, des Bauernstandes herbeizuziehen und ihnen einen Boden zu bieten, auf dem sie sich ihren Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten entsprechend an den Bestrebungen der Sozialdemokratie tätig beteiligen könnten. Wenn mir die Bemerkung gestattet ist: nicht gerade revolutionäre Töne!

Das Klassenkampfprogramm

Dies sollte sich allerdings in den drei Jahrzehnten, welche der Gründung der Sozialdemokratischen Partei folgten, nachhaltig verändern. Der Gewerkschaftsbund erhöhte die Zahl seiner Mitglieder bis 1920 auf mehr als 200000 Mitglieder; im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gab es Jahre, in denen bis zu 200 Streiks, zwischen 1910 und 1920 Jahre, in denen gegen 300 Streiks durchgeführt wurden. Immer deutlich zutage tretende soziale und politische Ungerechtigkeiten, welche durch die Kriegssituation noch entscheidend verschärft wurden, führten zu einer faktischen und ideologischen Radikalisierung der Arbeiterbewegung, insbesondere ihres politischen Flügels, der Sozialdemokratischen Partei. Im Parteiprogramm des Jahres 1904, welches von Oberrichter und Nationalrat Otto Lang verfasst worden war, tönt es denn auch entschieden anders als noch 20 Jahre zuvor. Lasst mich ein paar kurze Auszüge aus jenem als Klassenkampfprogramm in die Geschichte eingegangenen Dokument zitieren: Unter dem Titel «Krisen und Arbeitslosigkeit» ist etwa zu lesen: «Jeder einzelne Kapitalist steht unter dem von der Konkurrenz diktierten Zwangsgebot, stets auf die Verbilligung seines Produktes und die Erweiterung seines Absatzes bedacht zu sein und seinen Konkurrenten zu schlagen, um nicht von ihm geschlagen zu werden. Da aber diese fieberrhafte wirtschaftliche Tätigkeit die Erzielung von Profit zum Zwecke hat, ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf, so führt sie mit Notwendigkeit zur Überproduktion und zu periodischen Krisen, die das ganze Volk erschüttern, am schwersten aber mit der furchtbaren Geissel der Ar-

beitslosigkeit die Arbeiterschaft schädigen.» Und nachdem in Kapitel 5 der Kapitalismus als ein Hindernis jeglichen wahren Fortschrittes gebrandmarkt wurde und in Kapitel 6 nachgewiesen wurde, dass die einzige Abhilfe im Sozialismus liege, wurde im 9. Kapitel unter dem Titel «Verstaatlichung und politischer Kampf» jene These noch einmal aufgenommen, welche bereits in der Einleitung des Programms aufgestellt wurde, dass die Lösung der Probleme darin liege, die Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz der Gesellschaft überzuführen und die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch eine Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage zu ersetzen.

In jene Phase der Radikalisierung passt denn auch gut die sogenannte Generalstreiktheorie. Der Streik, bisher vor allem von den Gewerkschaften eingesetzt als Mittel, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sollte ein Instrument des politischen Kampfes werden, in dem auf dem Weg über die Lähmung des ökonomischen Systems auch dessen politischer Überbau, die bürgerlichen Parteien und das von diesen beherrschte Parlament, aus dem Weg geräumt werden sollten.

Der Generalstreik und die Folgen

Obwohl diese Theorie sehr umstritten war und besonders von den Gewerkschaften aufs entschiedenste bekämpft wurde, führten Not und Elend des Ersten Weltkrieges doch dazu, dass unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes, unter der Leitung des sogenannten Oltener Komitees, ein landesweiter unbefristeter Streik durchgeführt wurde. Ohne Zweifel waren die Führer des Streiks von den erst ein Jahr zu-

rückliegenden Ereignissen in Russland und den parallel dazu laufenden revolutionären Umwälzungen in Deutschland beeinflusst. Das Ziel der Streikbewegung war für die Mehrheit des Oltener Aktionskomitees zwar nie die Revolution. Immerhin müssen die vom Komitee aufgestellten Generalstreikforderungen den bürgerlichen Politikern recht revolutionär in den Ohren geklungen haben. Anders liesse sich das unverhältnismässige Truppenaufgebot, welches sicher nicht der Befriedung, sondern eher der Provokation der Arbeiterschaft diente, kaum erklären. Verlangt wurde u.a. die sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporzes. Diese alte Forderung zielte darauf ab, die völlige Untervertretung der Sozialdemokraten im eidgenössischen Parlament zu beheben, ein politisches Ziel, welches durch verschiedene Proporzabstimmungen auf kantonaler und nationaler Ebene vorher nicht erreicht werden konnte. Diese nachträglich erfüllte Generalstreikforderung hatte den Effekt, dass die Sozialdemokraten anlässlich der vorzeitig angesetzten Neuwahlen im Jahre 1919 ihre Sitzzahl im Nationalrat von 22 auf 41 Sitze erhöhen konnten. Weitere Forderungen waren das aktive und passive Frauenwahlrecht, die Einführung der 48-Stunden-Woche, die Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres (wer das Buch von Niklaus Meienberg über General Wille gelesen hat, dürfte wahrscheinlich den Gehalt dieser Forderung noch etwas besser begreifen) sowie eine Alters- und Invalidenversicherung und die Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

Erfüllt wurde neben der Neuwahl des Nationalrates im Proporzverfahren auch die Forderung nach der 48-Stunden-Wo-

che. Im übrigen markiert der insgesamt enttäuschend verlaufene Generalstreik den Anfang vom Ende der klassenkämpferischen Phase der schweizerischen Arbeiterbewegung. Man ist versucht zu sagen, von nun an ging's bergab. Ganz bestimmt sagten dies jene Sozialdemokraten, welche ihre ganze Hoffnung in das Ziel eines revolutionären Umsturzes dieses Staates gesetzt hatten. Sie waren einer Fehleinschätzung zum Opfer gefallen. Einer, der sich zu diesem Zeitpunkt besonders enttäuscht gab, war der als Radikaler eingestufte nachmalige Bundesrat Ernst Nobs. «Es ist zum Heulen!» schrieb er im Zürcher «Volksrecht» und weiter: «Das Oltener Aktionskomitee war immer stark in grossen tönenden Worten, in bombastischen Drohungen. Es war ein Meister der theatralischen Regie. Aber es war nichts dahinter. Es blieb Mache, berechnet auf optische Täuschung. Ein Windhauch blies die gemalte Szenerie zusammen.» Und etwas weiter in diesem Text: «Die Schlacht stand ausgezeichnet, da klappte die Führung zusammen und lieferete eine heroische Truppe dem Feinde aus – bedingungslos!»

Die «heroische Truppe» wird zum politischen Faktor

War nun die schweizerische Arbeiterschaft jene heroische Truppe, welche Ernst Nobs in diesem Artikel herauftobte, oder waren die Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder eben doch ein Kind dieser schweizerischen Gesellschaft, welche trotz aller ihrer Mängel nie mit einem zaristischen System oder einem Deutschland unter Kaiser Wilhelm vergleichbar waren? Und die Führer der Sozialdemokratischen Partei, das Oltener Aktionskomitee, einfach Pragmatiker, Realisten, welche diese

schweizerische Demokratie für schrittweise Verbesserungsfähig hielten? Wir finden in der Geschichtsschreibung beide Thesen. Ich neige allerdings dahin, die letztere als wahrscheinlich zu halten. In der Schweiz herrschte im Jahre 1918 zwar eine ungeheure Aufbruchsstimmung; die Bereitschaft, bis zum Letzten zu gehen, dürfte aber bei viel zu wenig Leuten vorhanden gewesen sein. Verantwortlich dafür war wohl nicht zuletzt jener Umstand, welcher bereits im Jahre 1893 die Delegation der Sozialdemokratischen Partei am internationalen Arbeiterkongress in Zürich 1893 veranlasste, die besonderen Schwierigkeiten für den Aufbau einer proletarischen Bewegung in der schweizerischen Demokratie zu sehen. Diese Schärfe nicht das Klassenbewusstsein, sondern lähmte es oder schwächte es ab. Sie verhülle die sozialen Gegensätze, ohne sie zu beseitigen. Oft begegneten sich der von einem Klasseninteresse geleitete Proletarier und der von seinen ihm anerzogenen demokratischen Ideen geleitete Bourgeois auf demselben Weg. Sie hätten eine Reihe gemeinsamer Zielpunkte, und deshalb unterlagen beide gerne dem Irrtum, dass ihre Waffenbruderschaft von Dauer sein könne und eine dauernde Verständigung nur von ihrem guten Willen abhänge. Es sei aber selbstverständlich, dass es das Proletariat sei, welches schliesslich die Kosten dieses Irrtums zu bezahlen habe. Ich muss die folgenden Jahre im Schnellzugtempo Revue passieren lassen, um nicht in jenen Fehler zu verfallen, dessen Opfer so mancher Lehrer ist, der in seinem Geschichtsunterricht nie bei der Jetzt-Zeit anlangt. Die Niederlage der Sozialdemokraten und Gewerkschaften im Generalstreik, so jedenfalls wurde sie von vielen

Zeitgenossen empfunden, führte bis zum Jahre 1927 zu einem stetigen Rückgang der Mitgliederzahlen. Waren es im Jahre 1920 noch 53000 Mitglieder, war im Jahre 1927 mit 36000 Mitgliedern der Tiefpunkt erreicht. Die Sozialdemokratische Partei war in einen Abwehrkampf gegen die sich nun gestärkt fühlende Reaktion verwickelt. Ausserdem war sie noch geschwächt durch die Abspaltung der kommunistischen Partei. Diese beschränkte sich nicht darauf, eine eigene leninistische und an der 3. Internationale orientierte Politik zu machen, nein, im Rahmen der Sozialfaschismus-These war die SP Hauptangriffsziel des Kampfs der kommunistischen Partei der Schweiz. Die 20er Jahre waren für die SP allerdings durchaus nicht nur erfolgslos. So wurde 1925 die Verfassungsgrundlage für eine Alters- und Hinterlassenenversicherung angenommen. 1929 kandidierte die Sozialdemokratische Partei zum ersten Mal für den Bundesrat. Ausserdem vermochte sie, trotz Rückgangs der Parteimitglieder, die 41 Nationalratssitze des Jahres 1919 auf 50 im Jahre 1928 auszubauen.

Die relative politische Erstarkung der Sozialdemokratie, aber auch die Vertragspolitik der Gewerkschaften, machten die Arbeiterbewegung langsam, aber unübersehbar zu einem immer wichtigeren politischen Faktor in der Schweiz. Diese Entwicklung, welche durchaus auch eine Annäherung der klassenkämpferischen Sozialdemokratie an den bürgerlichen Staat war, gipfelte mitten in der Wirtschaftskrise der 30er Jahre auf gewerkschaftlicher Seite im sogenannten Friedensabkommen, auf politischer Ebene, zusätzlich unter dem Druck des aufkommenden Nationalsozialismus und der äusseren Bedrohung,

in der Zustimmung der Nationalratsfraktion zu den Militärausgaben des Bundes. Die Landesausstellung 1939, die Landi, wurde so zu einem Symbol der nationalen und sozialen Versöhnung. Wie schon erwähnt, wurde dann 1943 der «Revolutionär» Nobs erster sozialdemokratischer Bundesrat der Schweiz, und mit dem Wirtschaftsprogramm «Neue Schweiz» unterbreitete die SPS eine viel beachtete Wirtschaftskonzeption.

1945: Aufbruch und Ernüchterung

Am Ende des Krieges machte sich die senkrechte antifaschistische Haltung der Sozialdemokratie während der 30er und 40er Jahre und die nach dem Krieg durchaus wohlwollende Stimmung gegenüber der Sowjetunion auch im schweizerischen Kleinbürgertum bezahlt. Das Arbeiterkartell Emmenbrücke, in dem zu dieser Zeit sowohl Sozialdemokraten wie Gewerkschafter zusammengefasst waren, feierte das freudige Ereignis des Kriegsendes am 1. Mai 1945 so: «In diesen Tagen und Stunden beginnt die Welt wieder freier zu atmen, da sie die faschistische Seuche überwunden hat. Die politische Diktatur des Faschismus ist dem Giftboden des Kapitalismus entsprungen. In der Wirtschaft aller Länder, mit Ausnahme Sowjetrusslands, herrscht heute noch die faschistische Diktatur. Wenn sich die Arbeiterschaft mit der Erringung formal politischer Rechte begnügt und das System der Sklaverei und Ausbeutung in der Wirtschaft weiterbestehen lässt, wird sie niemals wahre Freiheit erringen.» Der 1. Mai 1945 war denn auch ein seit 10 Jahren nicht mehr dagewesener Erfolg. Die Transparente waren beschriftet mit «Zeitwende», «Wirt-

schaftsdemokratie», «Für eine neue Schweiz». Fast etwas naiv glaubte ein grosser Teil der Arbeiterbewegung, der moralische Bonus, den sie durch konsequente Bekämpfung des Faschismus während der verflossenen Jahre aufgehäuft habe, zwinge das Bürgertum, alte gewerkschaftliche und sozialistische Forderungen jetzt zu erfüllen. Zwar wurde im Jahre 1947 noch die AHV verwirklicht, ein Sozialwerk, auf das die Sozialdemokratie heute noch zu Recht stolz sein kann; die Früchte des politischen Aufschwungs wurden allerdings durch die politische Abspaltung der PdA von der Sozialdemokratischen Partei und durch den kalten Krieg und die willkommene Ausschlachtung der stalinistischen Greueln durch das Bürgertum wieder zunichte gemacht.

Die Wurzeln der heutigen Niederlage

Die Aufbruchsstimmung wich einer Ernüchterung; der kurz aufgeflackerte Radikalismus verschwand, und man knüpfte politisch dort an, wo man 1939 angelangt war. Man diskutierte nicht mehr die Überwindung der bestehenden Ordnung, sondern deren Verbesserungsmöglichkeiten. An die Stelle von Alternativen traten immer mehr sozialreformerische Vorstellungen, die mittels einer pragmatischen Politik des Möglichen und Machbaren verwirklicht werden sollten. Im Programm der SPS von 1959 fand diese gewandelte Einstellung zum bürgerlichen Staat und zum Kapitalismus ihren Niederschlag. Im Verlaufe der 60er Jahre hatte niemand zu zweifeln, ob man sich damit auf den richtigen Weg begeben habe. Eingepackt in die Konkordanzdemokratie und die Zauberformel, mit unterschiedlicher Ausgestaltung von Kan-

ton zu Kanton, eilten Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Bereich der Sozialpolitik von Sieg zu Sieg.

Von Pyrrhussieg zu Pyrrhusieg ist man aus organisationspolitischer Sicht geneigt zu sagen. Unter dieser Decke des Erfolgs gediehen die Wurzeln jener Niederlagen, die wir heute einkassieren. Die grosse Zahl von Fremdarbeitern waren bis zu der ersten Schwarzenbach-Initiative kaum ein Thema der Sozialdemokraten.

Die politischen Bewegungen der 68er Jahre trafen die SP fast unvorbereitet und führten dazu, dass für viele sogenannte neue Linke die SP kein adäquates Gefäss zur Verwirklichung ihrer politischen Ideen zu sein schien. Erneut wurde die Linke gespalten, Revolutionäre Marxistische Liga (RML) – heute SAP – und POCH entstanden und zogen viele potente politische Kräfte mehr an als die saturierte und bequem gewordene Arbeiterbewegung. Diese neuen Organisationen besetzten mit Erfolg Themen, welche das ureigenste Feld der Sozialdemokratie gewesen wären: Umweltfragen, Energiefragen, Verkehrsfragen, Dritte-Welt-Politik.

Die Umorientierung ist nicht abgeschlossen

Die Umorientierung, die von der Sozialdemokratischen Partei verlangt wurde, eine Umorientierung, die heute noch nicht abgeschlossen ist, ist mit vielen Bildern beschrieben worden, etwa demjenigen vom Tanker, der schwerfällig seine Fahrtrichtung ändern müsse (Glotz), oder vom fahrenden Zug, an dem die Räder ausgewechselt werden müssten (Strahm). Mir kommt es manchmal vor – und ich erhebe keinen Anspruch, dass man diesem Bild folgen kann –, dass wir von Sprintern in einem Ve-

lorennen vorübergehend abgehängt wurden und nun mühsam das Hauptfeld wieder an die Spitze heranführen müssen, an die Spitze, die sich abgesetzt hat. Ich bin überzeugt, dass die Trümpfe – wie bei einem Velorennen – beim Feld liegen. Voraussetzung ist aber, dass sich die Aktivisten in diesem Feld, unabhängig von ihren Eigeninteressen, zu einer Gemeinschaft zusammenfinden und das Marschtempo zur Erreichung neuer Ziele bestimmen. Als weitere zentrale Voraussetzung für die Rückgewinnung von politischer Glaubwürdigkeit und politischem Gewicht betrachte ich die Wiederherstellung der Referendumsfähigkeit der Arbeiterbewegung. Diese ist unabhängig von unserer parlamentarischen Stärke, orientiert sich an der Auseinandersetzung um wichtige politische Sachfragen, zwingt zur sachpolitischen Innovation und verhindert, dass wir von vier Jahren zu vier Jahren auf die vom Himmel geschickte Segnung eines besseren Wahlresultates hoffen.

Der Umgang mit der Macht

Zum Schluss will ich noch aus einem Text von Adolf Muschg, dem Schriftsteller, Genossen und Mitstreiter, zitieren, der in einem SPS-Dossier «Wandlungen» veröffentlicht wurde. Er zeichnet in blendender Weise das Dilemma auf, in dem Sozialdemokraten immer standen und noch stehen: in einem bürgerlichen Staat um glanzlose Erfolge zu kämpfen und die positiven Wirkungen der eigenen Aktivitäten nur in ihrer historischen langfristigen Dimension sehen zu können. Eine Situation, die viele junge Menschen davon abhält, unserer Partei beizutreten, und dazu bewegt, alternativen Gruppierungen mehr Vertrauen zu schenken, welche kurzfristig in

der Lage sind, das öffentliche Bewusstsein nachhaltig zu prägen. Adolf Muschg stellt in seinem Text einen Bezug her zum Jahre 1918, dem ich einen grösseren Teil meiner Ausführungen gewidmet habe, als verschiedene Genossinnen und Genossen versuchten, diesen Staat im Sturm zu verändern, und nach der Niederlage, aus der Defensive heraus, zu einem qualifizierten Angriff übergehen mussten, wie wir es auch heute tun sollten! Ich zitiere: «Dieser Angriff ist nicht mehr der Sturm von damals; er ist gehemmt durch Realitätssinn und politischen Sachverstand. Wir haben lernen müssen, mit dieser Hemmung zu leben und sie weder zu beschimpfen noch uns ihrer zu rühmen. Sie ist kein Verrat an unserer Sache; ebensowenig freilich ist sie eine realpolitische Tugend. Reibungsverluste sind Energiequellen, aber nur dann, wenn sie den Blick auf die Realitäten schärfen, die verändert werden sollen. Kompromisse sind vertretbar, solange sie sich den Tatsachen der anderen nicht nur beugen, sondern sie zugleich biegen helfen. Teilnahme an der staatlichen Macht ist notwendig, solange wir wissen, wozu wir wissen, wozu sie uns dienen soll: z.B. – und zwar für immer – zur Verhinderung von staatlicher Gewalt gegen streikende Arbeiter. Die Dialektik des politischen Alltags ist unscheinbarer, aber anspruchsvoller geworden. Sie verpflichtet uns zur Freundlichkeit gegen jede andere Überzeugung, die vielleicht nicht für uns, aber für unsere Sache gewonnen werden kann. Sie verpflichtet uns also auch zum Widerstand gegen revolutionäre Ungeduld, wo diese den Tod der Sache selbst bedeutet; auch an ihrem Heldentod kann uns nichts gelegen sein. Wir brauchen aber auch viel Phantasie, um jeden Tag zu prüfen, was unsere Sa-

che ist. Wir brauchen Grundsätze, um unsren Atem zu verlängern; wir brauchen Theorie,

um zu erfahren, was Praxis sein kann, und um unsren noch immer unsichern Umgang mit der

Macht zu verbessern; auch mit der eigenen Macht.»

Wenn der Normalverbraucher zum Sündenbock wird

Sozialdemokraten als Angstmacher

Von Alois Altenweger, Sektionspräsident Bern-Stadt

Wir haben die Wahlen 1987 verloren; absolut, an Sitzen und an Stimmen. Das grüne Engagement – so ehrlich es auch gemeint war – brachte bei einem Verlust an Nationalratssitzen nur eine Umlagerung der Interessen innerhalb der Bundeshausfraktion. Derweil man doch im Wahlkampf auf die – wie auch immer verstandene – Vernunft des Bürgers gesetzt hat. Nun ist es mit dieser Vernunft so eine Sache; sie sollte einleuchten, ohne zugleich kränkend oder gar schmerzlich zu sein. Und da liegt wohl ein Kardinalfehler der SP-Wahlstrategen und -Wortführer: Das autofahrende, heizende und Elektrizität verbrauchende Volk sah sich durch den ironisierenden und intellektuell spöttelnden Ton der Wahlkampagne für dumm verkauft, für blöde gehalten.

Die SP manövrierte sich in die unbequeme Lage, vom gleichen Stimmbürger, den man zum Ökologiesünder stempelte, noch Stimme und Zustimmung zu verlangen. Bei genauerem Hinsehen ist festzustellen, dass die SP-Botschaft in noch viel tiefere Schichten der Psyche gesickert ist, als man sich dies überhaupt träumen liess: Die Sozialdemokraten haben offen und unterschwellig Angst verbreitet. Den SP-Szenarien der Zukunft haf tet etwas Drohendes und Düsteres an. Die gewohnte Lebensweise, die um Besitzstand, Einkommen, Mobilität und

Konsum gruppiert ist, scheint durch diffuse grüne Parolen gefährdet zu sein; wobei es völlig nebensächlich ist, wie die entsprechenden Forderungen im einzelnen aussehen, denn das, was beim Bürger ankommt, wird nicht logisch, sondern psychologisch verarbeitet.

Und psychologisch gesehen, löst die deklamierte Politik der SP alle möglichen Ängste aus: Angst davor, dass der Wohlstandszug, in welchem ein erklecklicher Teil der Schweizer Bevölkerung sitzt oder zu sitzen vermeint, abrupt ins Bremsen kommt. Da ist ferner die Angst vor Veränderung, und das heisst, dass die an sich wünschenswerte Loslösung aus einer tiefwurzelnden Trägheit heraus auf massiven Widerstand stösst, denn der von der SP ausgehende Wille zur Wende holt die Leute nicht dort ab, wo sie jetzt und heute bewusst sitzen und stehen. Veränderung heisst Verlust an Sicherheit, heisst (für Männer) Verlust des Selbstverständnisses und für Frauen radikalen Bruch mit dem bisher gepflegten Dasein. Die SP will zwar pfeifend im dunklen Zukunftswald vorangehen, aber sie kann nicht glaubhaft Geborgenheit vermitteln.

Die Wirtschaftswelt scheint gefährdet

Die Wirtschaft, die Banken, die Chemie, der High-Tech und die traditionelle Industrie wer-

den bei Lichte besehen von der SP verdächtigt, dem Menschen aufgrund ihrer ökonomischen Funktionen böse zu wollen. Natürlich lässt sich in diesem Zusammenhang viel über unfähige Unternehmer, fahrlässige Geschäftsleitungen, Spekulanten und dergleichen Profiteure sagen. Auch das Fehlen von Unternehmensverfassungen und Mitbestimmungsrecht lässt sich beklagen. Dass aber so und soviel Menschen in diesen Wirtschaftszweigen ihr Auskommen und nicht selten eine befriedigende Arbeit finden, wird völlig ausgeblendet. Man müsste sich darüber im klaren werden, dass diese Arbeitnehmer auch eine gewisse Identifikation entwickeln, die sie sich nicht bei jeder Gelegenheit vermiesen lassen wollen. Das sind halb unbewusste Bindungen, die im Säurebad oppositioneller Angriffe von Leuten, die in der jeweiligen Branche nicht zuhause sind, nur noch stärker werden; der aufklärerische Effekt dürfte gleich Null sein, die Abwehr nur um so heftiger. Und nicht zuletzt taucht sofort die Angst auf, von der Existenzgrundlage wegmanipuliert zu werden – denn die SP schafft keine Arbeitsplätze. Die Konsequenz daraus ist, dass man lieber gleich SVP wählt, denn da passiert wenigstens nichts. Die wirtschaftskritische Haltung der SP wird von vielen Arbeitnehmern als Demontage dessen empfunden, das in ihren Augen unsere «Schweizer